

Editorial	Seite	1
Die SP und private Unternehmungen (KMU)	Seiten	2/3
1000 Frauen für den Friedensnobelpreis	Seite	3
Ewig steigende Krankenkassenprämien?	Seiten	4/5
Nein zur Sonntagsarbeit	Seite	5
Agenda	Seite	6

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen,

Mit dieser Nummer haltet Ihr die letzte Ausgabe des Jahres 2004 und zugleich die letzte Aushabe in der heutigen Aufmachung in Händen. Ab Januar 2005, das heisst mit der 50., der Jubiläumsausgabe vom Info 7, erhält das Bulletin der Sozialdemokratischen Partei Zürich 7 ein neues Gesicht. Zusammen mit Ruedi Mattes, einem Gestalter und Grafiker, habe ich in den vergangenen Monaten an einer zeitgemässeren Gestaltung gearbeitet. Ich kann guten Mutes sagen. Das neue Gesicht ist rundum frisch und wie man so sagen könnte, dynamisch aufgepeppt.

Ich wünsche allen Genossinnen und Genossen frohe Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2005.

*Martin J. Nobs
Redaktor Info 7*



Das Glas ist ausgetrunken...

Mitgliederversammlung SP7

Die SP und private Unternehmungen (KMU)

Von Martin Johann Nobs

Selbständig zu arbeiten ist für viele Menschen ein erstrebenswertes Ziel. Immer mehr Personen aus SP nahen Kreisen beteiligen sich an kleineren und mittleren Unternehmungen (KMU) – andererseits ist die SP traditionell gewerkschaftsnah und unternehmensfern – was erwarten die KMU von der SP? Die Sektionsversammlung der SP7 von Ende Oktober 04 befasste sich mit diesen Problemstellungen. Zum Gespräch erschienen Richard Bhend (b+i buch und information ag), Roberto Rodriguez (Foodcom AG) und Jacqueline Badran (Zeix AG). Die Veranstaltung leitete Burkhard Frey, Präsident der SP7.

Roberto Rodriguez, Gastronom, Mitbesitzer einer Sandwich- und Kaffeebar sowie Catering-Firma, der Foodcom. AG: "Ich bringe Essen und Trinken zu den Leuten. Meine Tätigkeit macht mir Spass und gibt Arbeit für zwei Vollzeitstellen". Roberto ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Stadt Zürich. Er ist im Kreis 3 zu Hause.



Roberto Rodriguez (Foodcom AG)

In der Gastronomie herrsche eine starke Konkurrenz, meinte er. Seit 2003 gebe es zudem ein neues Gastgewerbegesetz, das allerdings nicht recht greife. Dann sei da noch das Verhältnis zu den

Gewerkschaften, die im Gastgewerbe bisher gar keinen Schutz der Arbeitnehmer zustande gebracht hätten, fügte er hinzu. Andererseits könne kein



Richard Bhend (b+i buch und information ag)

Gastronomiebetrieb die Bestimmungen des Gesamtarbeitsvertrags (GAV) betreffend Mindestlöhne und Arbeitszeiten einhalten, ohne seine Existenz zu gefährden. Der momentane GAV sei untauglich. Das grösste Problem eines KMU Betriebs seien allerdings die administrativen Erschwernisse, hervorgerufen durch einer Überregulierung mittels Behördenvorschriften.

Jacqueline Badran Mitbesitzerin des Internetunternehmens Zeix und Gemeinderätin für die SP7, arbeitete früher in der Wirtschaftsförderung des Kantons St. Gallen. "Es existieren grosse Unterschiede zwischen den Verwaltungen in den einzelnen Kantonen", bemerkte sie Die Bürokratie sei schwerfällig. Für viele

kleine Unternehmungen gebe es einen dauernden Kampf mit sturen Bürokraten.

Ein gravierendes Problem existiere bei den Sozialversicherungen. Manche Betriebe bezahlten keine Mindestlöhne oder arbeiteten mit Teilzeitverträgen, so dass sie als Arbeitgeber keine

AHV oder BvG Beiträge bezahlen müssten. Es bedürfe einer umfassenden Revision der Sozialversicherungen, forderte sie.

KMUs stellen den grössten Teil an Arbeitsplätzen in der Schweiz zur Verfügung. Die Wertschöpfung der KMUs ist gross. Die SP Schweiz will das Thema auf nationaler Ebene aufgreifen, dies zumindest gemäss Hans-Jörg Fehr, dem Präsidenten der SP Schweiz, anlässlich seines Antrittsbesuches bei den Zürcher Sektionen im Juni dieses Jahres. Die KMU-Thematik zu befördern ist ein Anliegen der SP Zürich 7. Burkhard Frey stellte fest, dass die SP grundsätzlich KMU-freundlich eingestellt sei. Demgegenüber hielt er fest, dass die Schweizerische Volkspartei SVP, trotz anderslautender Behauptungen, eine KMU-feindliche Politik betreibe. Die Begriffe Unternehmer und Gewinn seinen im sozialpolitischen Kontext neu zu bewerten. Unsere Gesellschaft sei durch den Kapitalismus geprägt. Abzuschaffen sei diese Ideologie nicht. Transformation sei gefragt. Mit Kapital meine er die Kraft und den Mut zum Risiko das jede

Innovation in sich berge. Nicht gemeint sei die Bedeutung von Kapital in ihrer historisch-ideologischen Ableitung. Es sei keine Schande, Gewinne zu erwirtschaften, ergänzte Richard Bhend.

Die SP muss sich dem Thema grundsätzlich annehmen. Eine Forderung an die SP ist es eine sinnvolle Wirtschaftspolitik zu betreiben, die auch eine vernünftige Gewinnerorientierung der Kleinunternehmer erlaubt. Eine gerechtere Kreditpolitik der Banken, die Kleinunternehmen nicht benachteiligt ist ebenfalls nötig.

Aufruf!

Der Vorstand der SP 7 stellt ihre Organisationsstruktur denjenigen Interessentinnen und Interessenten zur Verfügung, die in den Quartieren Zürichberg, Fluntern, Hottingen und Witikon eine Arbeitsgruppe zum Thema KMU aufbauen wollen. Bitte sich melden bei Burkhard Frey, Präsident SP 7 Hofstrasse 9, 8032 Zürich Tel.: 01 2510784 burkhard.frey@mbe.unisg.ch

1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005

Überall auf der Welt setzen sich Frauen, oft unter Lebensgefahr, für den Frieden ein. Sie bauen das Land wieder auf, kümmern sich um Schwächere und schaffen neue Formen der Friedenskultur. Stellvertretend für sie sollen 1000 Frauen gemeinsam den Friedensnobelpreis 2005 erhalten. Mit diesem prestigeträchtigen Preis, einer umfassenden Dokumentation und der wissenschaftlichen Begleitung soll die Arbeit von Friedensfrauen sichtbar gemacht werden.

Finanzierung

Das Projekt 1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005 ist auf eine breite finanzielle Unterstützung angewiesen und soll im Jahr 2006 nach der Auswertung abgeschlossen werden

Sie können das Projekt 1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005 mit einem finanziellen Beitrag frei nach Wahl unterstützen.

- Zum Beispiel mit dem Kauf von einer symbolischen „Friedensaktie“ im Wert von 1000 Franken
- oder mit einer Patenschaft für eine „Friedenfrau“ in der Höhe von 5000 Franken
- oder einen Betrag nach freier Wahl auf das Konto der SP7 80-15455-6 mit dem Vermerk Friedensnobelpreis 2005 (damit kauft der Vorstand der SP 7 im Namen der Spender mindestens eine Aktie. Der Vorstand ergänzt im Bedarfsfall den Betrag aus der Sektionskasse bis zur Höhe der nächsten Aktie. Einzahlungen an die SP7 können bis zum 31. Dezember 04 erfolgen (EZ liegt bei).

Weitere Informationen:

1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005 c/o swisspeace – Schweizerische Friedensstiftung, Sonnenbergstrasse 17, 3000 Bern 7 www.1000peacewomen.org

Der Verein wird von Ruth Gaby Vermot-Mangold, SP Nationalrätin und Europarätin, Bern präsiert.

MV der SP7 im November

Ewig steigende Krankenkassenprämien oder Zweiklassenmedizin?

Von Martin J. Nobs

Sind jährlich steigende Prämien bei den Krankenkassen unvermeidlich? Ist eine Lösung dieses Problems nur mit einer Zweiklassenmedizin möglich? Erika Ziltener, Kantonsrätin SP, Präsidentin Verein und Leiterin Patientenstelle Zürich und Beat Ringger Zentralsekretär vpod referierten an einer MV der SP 7 über dieses wichtige Thema.

Das KVG (Krankenversicherungsgesetz) schliesse eine Zweiklassenmedizin aus, bemerkte Erika Ziltener. Die Lösung aus dem Chaos im Gesundheitswesen

therapiegerechten Packungen. Die Patienten müssten nach Therapieende zu viele Medikamente wegwerfen.

Beat Ringger, Zentralsekretär vpod, verantwortlich für das Gesundheitswesen, nahm konkret zu den Reformprojekten Stellung. Er wies darauf hin, dass die Linken und Grünen daran seien, in einem „Denknetz“ die Gesundheitsversorgung in der Schweiz zu erneuern; die Kostenfallen zu erkennen und eine egalitäre Gesundheitsversorgung aufzugleisen. Als primäre Kostenfalle bezeichnete er die Behauptung



Beat Ringger Zentralsekretär vpod

sieht sie in der Neuverteilung der Geldmittel. Heute sei im Kanton Zürich jede zweite Person irgendwie im Gesundheitswesen tätig. Die Pharmaindustrie erfinde neue Krankheiten und liefere gleich die neuen Medikamente dazu. Das KVG sei ein gutes Gesetz, aber es werde schlecht umgesetzt. Die Pharmaindustrie binde zu grosse Geldmittel für ihre aggressive Werbung. Die Zulassung von Generika sei die dringendste Forderung. Es fehle zudem an

bürgerlicher Politik, dass der Markt alles regle. Diese Annahme führe aber lediglich zur Ausbeutung existentiell Bedürftiger und zur Verdinglichung und Fragmentierung der Bedeutung von Heilung. Aus statistischer Sicht sei vor allem das letzte Lebensjahr für die Gesundheitskosten am teuersten. Die neoliberale Wirtschaftspolitik sei für die Kostenexplosion verantwortlich. Man könnte auch billiger produzieren, aber dann würden die staatlichen Zuschüsse wegfallen. Die Prämienexplosion erfolge verstärkt durch den Rückzug des Bundes und der Kantone aus der Prämienfinanzierung. Die Spitäler in der Schweiz verfügen über 12,3

Magnetresonanztomographen MRI pro eine Million Einwohner, was im weltweiten Vergleich einer eindeutigen Überdotierung und Verschwendung öffentlicher Mittel entspreche. Im Januar 04 hat die Krebsklinik im Park einen überflüssigen Linearbeschleuniger für 6,5 Millionen Franken angeschafft. Im März 04 wird der Diovan-Schwindel (Novartis Blutdruckhemmer) bekannt. Das Medikament ist vier bis sechs Mal teurer als herkömmliche Mittel, aber keineswegs besser. Im April 04 schafften die Privatspitäler Sanitas, Kilchberg und Limmattal, Urdorf je ein neues MRI an. Im August 04

wird die Inotherpeutiks Affäre bekannt. Der Preis für das Stickoxyd-Gerät wird auf Grund einer Monopol-Situation von 400 auf 10 000 Franken angehoben. Es gibt in der Schweiz zu wenig Hausärzte (Allgemeinpraktiker), die sich genügend Zeit für ihre PatientInnen nehmen können.

Beat Ringger schlägt folgende Lösungen vor: Das Gesundheitssystem benötige einkommensabhängige Prämien. Kopfprämien seien ein Systemfehler. Die stationäre Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) soll wieder Bundessache werden. (weg vom Föderalismus

und hin zur Bundesverantwortlichkeit). Parallelimporte sollen ermöglicht werden; Generika zugelassen. Die Gründung eines öffentlich-rechtlichen Pharmakonzerns sei zu erwägen. Mangelnde Versorgung müsse mit Diagnosenetzwerken über Patientendaten und Krankengeschichten behoben werden.. Die Pflegefinanzierung sollte durch eine eidgenössische Erbschaftssteuer erfolgen. Der Mensch, schliesst Ringger, möge den Umgang mit dem Sterben üben. „Das Sterben wieder ins Leben bringen“.

Hände weg vom Sonntag - damit der Sonntag kein Werktag wird!

Wir wollen einen freien Sonntag

Sonntagsarbeit ist in gewissen Fällen nötig, z.B. in Spitälern oder im öffentlichen Verkehr. Sonntagsarbeit darf aber nicht zum Normalfall werden. Genau das will das Parlament mit einer Änderung des Arbeitsgesetzes durchsetzen. Doch zwei Drittel der Bevölkerung lehnen Sonntagsarbeit ab.

Sonntagsarbeit: Heute die Verkäuferin – morgen du

Mit einer Änderung des Arbeitsgesetzes soll Sonntagsarbeit im Verkauf normal werden. Damit wird Tür und Tor geöffnet für weitere Sonntagsarbeit. Wenn an 52 Sonntagen im Jahr alle Läden offen sind, muss auch im Strassentransport oder in der Lebensmittelindustrie gearbeitet werden Und dann werden auch Versicherungen oder Baufirmen den Sonntag zum Werktag erklären. Das wollen wir nicht.

Sonntagsarbeit ist familienfeindlich

Der freie Sonntag ist heute genau so wichtig wie früher. Denn das Erwerbsleben wird immer hektischer und anspruchsvoller. Der Sonntag ist auch für die Familie und die Freizeit unentbehrlich, damit man sich wenigstens an einem Tag in der Woche noch treffen kann.

Sonntagsarbeit zu Tiefstlöhnen – ein Skandal

Sonntagsarbeit ist eigentlich verboten. Doch es gibt immer mehr Ausnahmen. Schon heute arbeitet jede vierte Person immer oder gelegentlich an einem Sonntag – meist zu sehr tiefen Löhnen. Trotzdem hat das Parlament einen Lohnzuschlag für Sonntagsarbeit abgelehnt. Das ist ungerecht.

Detailisten und KMU befürchten Abbau von Arbeitsplätzen

Nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch das Gewerbe lehnt Sonntagsarbeit ab. In einem Brief hat der Schweizer Detaillistenverband den Nationalrat gebeten, auf eine Änderung des Arbeitsgesetzes zu verzichten. Denn wegen der Sonntagsarbeit würden «Arbeitsplätze in Fachgeschäften, die ausserhalb der Bahnhöfe liegen, gefährdet und Existenzen bedroht».

Bahnhöfe zu Einkaufszentren – unnötig

Wer am Sonntag dringend etwas einkaufen muss, hat heute genug Möglichkeiten. Bäckereien, oder Apotheken können am Sonntag öffnen. Auch in Tourismusgebieten oder grossen Bahnhöfen sind Sonntagsverkäufe legal. An einem Sonntag kann man heute Jogurt kaufen, aber keine Kühlschränke, Krimis, aber keine Büchergestelle. Das macht Sinn. Alles andere ist der Dammbbruch für die generelle Sonntagsarbeit Bundesrat und Parlament entscheiden am Volk vorbei. «Alle wollen heute den Sonntag im Einkaufszentrum verbringen», behaupten Bundesrat und Parlament. Das stimmt nicht. In 13 von 19 kantonalen Abstimmungen wurde eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten abgelehnt. Und wenn es um Öffnung am Sonntag ging, waren die Stimmberechtigten jedes Mal dagegen. Der Bundesrat soll dies respektieren. Nein zur Änderung des Arbeitsgesetzes!

RISOTTO UND ROTE GESCHICHTEN

Samstag, 29. Januar 2005 18 Uhr

(Beginn pünktlich)

Volkshaus Zürich, Weisser Saal, Stauffacherstr. 60, 8004 Zürich

Abendkasse ab 17 Uhr geöffnet

Es lesen:

Simone Meier
Melinda Nadj Abonij
Oskar Pfenninger
Hansjörg Schneider
Urs Widmer
Manfred Züfle

Vorverkauf ab 5. Januar 2005 bei Buchhandlung
Helvetiaplatz und Büchertreff Schwamendingen

SP7 - Agenda

1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005

Einzahlungen für „Friedensaktie“ bis 31. 12. 2004 an SP 7

11. Januar 2005

Vorstandssitzung SP7 20 Uhr, Restaurant Wilder Mann

13. Januar 2005

Vorstandssitzung SP Stadt Zürich, 19.30 Uhr
Restaurant Cooperativo

29. Januar 2005

Risotto und Rote Geschichten, 18 Uhr
Volkshaus Zürich Weisser Saal

08. Februar 2005

Vorstandssitzung SP7 20 Uhr, Restaurant Wilder Mann

Mutationen

Juni bis Dez. 2004

Eintritte

Sabine Baumann
Susan Simonius

Übertritte zu uns

Andrea Leutwyler
Patric Ricklin

Übertritt von uns weg

Roberto Mitlehner

Austritte

Daniel Böniger
Sarah Dejung
Marianne Delfosse
Maya Doetzki
Roland Hostettler
Gian-Reto Inauen
Adrian Zürcher

Impressum info 7

Informationsbulletin der
Sozialdemokratischen Partei
Zürich 7
Homepage: www.sp7.ch

Auflage:

350 (etwa 10 mal jährlich)

Verteiler:

Mitglieder und Interessent-Innen
der SP Zürich 7

Redaktion und Layout:

Martin J. Nobs
Postfach 310
8030 Zürich
Tel. 079 - 313 90 10
mailto:
martin.johann.nobs@bluewin.ch